



Bundesbonn als Bauherr

40 Jahre lang war Bonn Bundeshauptstadt, hier – und von hier aus – wurde gebaut, was die Republik benötigte. Elisabeth Plessen hat in staunenswerter Mühe Daten und meist auch Bilder zu allen Bundesbauten der Jahre 1949 bis 1989 zusammengetragen (hier die Kanzlei der Deutschen Botschaft in Washington von Egon Eiermann, 1964. Foto: BBR). Plessens Buch spiegelt das Baugeschehen und zugleich das Bild, das sich die Öffentlichkeit von der Bonner Republik gemacht hat. BS

— Elisabeth Plessen: **Bauten des Bundes 1949-1989**. Zwischen Architekturkritik und zeitgenössischer Wahrnehmung. DOM publishers, Berlin 2019. 675 S. m. 500 Abb, 98 €.

Furcht vor Annäherung unbegründet

Die Akteneidition deutsch-sowjetischer Beziehungen beleuchtet den Zeitraum 1935-1937

Im Frühjahr 1937 waberten Gerüchte über eine Annäherung der Sowjetunion an das Deutsche Reich. „Diplomaten kleiner Länder befürchteten offenbar, dass die UdSSR ihre Politik ändern könnte und schenken den Gerüchten über eine eventuelle Annäherung an Deutschland eine größere Glaubwürdigkeit, als ich erwartet hätte“, schreibt der sowjetische Bevollmächtigte in Berlin an Außenminister Maxim Litwinow. Tatsächlich sollte sich eine – dann allerdings welthistorisch folgenreiche – Annäherung erst reichlich zwei Jahre später ereignen, mit der Frucht des sogenannten Hitler-Stalin-Paktes über die Aufteilung Mittel- und Osteuropas. 1937 war nicht das Jahr für solche diplomatischen Bemühungen, fand doch zum einen der Spanische Bürgerkrieg statt, der beide Staaten in feindlichen Lagern sah, und erreichte zum anderen in der Sowjetunion der „Große Terror“ seinen Höhepunkt, der die Aufmerksamkeit Stalins und des Politbüros nahezu vollständig absorbierte.

Deutscherseits gab es wenig Kenntnis der Vorgänge, sie tangierten die diplomatischen Aktivitäten auch nur insoweit, als im November 1936 gleich drei Dutzend deutsche Reichsbürger verhaftet wurden. Da allerdings beharrte die deutsche Seite auf ihren völkerrechtlich verbrieften Schutzrechten, und die sowjetische Diplomatie war sorgsam darauf bedacht, diese Rechte gewahrt zu wissen, meist gegen die aus dem Ruder laufenden Geheimpolitisten des NKWD, des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten.

Nachzulesen sind diese Vorgänge im zweiten Band der von Carola Tischler und Sergej Slutsch herausgegebenen Akteneidition „Deutschland und die Sowjetunion 1933-1941“, die 691 Dokumente aus deutschen und russischen Archiven in zwei Teilbänden auf insgesamt 1800 Seiten versammelt. Der behandelte Zeitraum von Januar 1935 bis April 1937 schließt an den vor fünf Jahren vorgelegten ersten Band der Edition an, die ihren zeitlichen Abschluss mit dem deutschen

fortan mit ihren jüdischen Geburtsnamen zu nennen – „Sowjet-Jude Litwinow-Finkelstein, Volkskommissar des Äußeren“ oder „der frühere Kommunistenführer Radek-Sobelsohn“. Radek übrigens erhob später als Angeklagter im zweiten Moskauer Schauprozess fantastische Anschuldigungen gegen Mitarbeiter der deutschen Botschaft, die die deutsche Diplomatie Wort für Wort zu widerlegen bemüht war. „Man fragt sich, ob der bereits produzierte Unsinn noch steigerungsfähig ist“, schrieb der deutsche Geschäftsträger in Moskau verständnislos ans AA nach Berlin. Man hatte im Alltag damit seine liebe Not, aber verstand die Funktion des Terrors nicht.

Wichtiger war es Botschafter Schulenburg Ende 1936, den „ideologische(n) Gegensatz des Bolschewismus zum Natio-

Den Nazis war Ideologie noch wichtiger als den Bolschewiki

nalsozialismus (...) in der Rassenfrage“ zu betonen und mit Bezug auf eine den Antisemitismus als „Überbleibsel (...) des Kannibalismus“ geißelnde Rede Molotows – „der selber nicht Jude ist“ – zu berichten, dass „die leitenden Kreise des Bolschewismus ihre Judenfreundlichkeit soeben erst bekundet haben“.

Bedeutend ist die Unterzeichnung des als „Antikominternpakt“ bekannten deutsch-japanischen Abkommens vom 25. November 1936. Joachim von Ribbentrop, damals noch deutscher Botschafter in London, tonte dazu am selben Tag über „den Bolschewismus“, Deutschland bilde „das Bollwerk gegen diese Pest im Herzen Europas“. Die hoch professionell agierende sowjetische Diplomatie verstand solche Äußerungen fälschlich nur als üblichen propagandistischen Radau.

Bemerkenswert ist, wie sehr die Frontstellung im Spanischen Bürgerkrieg heruntergespielt wurde. Botschafter Schulenburg konstatierte den „Wille(n) der Sowjetregierung, den spanischen Konflikt zu liquidieren“ und nennt deren „sicherlich nicht leichte(n) Beschluss, die Nichteinmischungsabkommen zu unterschreiben“. Carola Tischler schreibt dazu in ihrer fundierten Einleitung, „im gegenseitigen Umgang der Diplomaten“ habe „der Spanische Bürgerkrieg damit die Rolle eines erheblichen Störfaktors“ eingenommen. Mehr aber auch nicht.

Überhaupt ist die Einleitung wie schon beim ersten Band der Edition unentbehrlich, um die in den Dokumenten behandelten Vorgänge verstehen zu können. Eine lückenlose Geschichte der diplomatischen Beziehungen ist auch jetzt noch nicht gegeben – weiterhin werden Dokumente etwa militärischer Art im heutigen Russland geheim gehalten. Und doch bedeutet die Edition einen weiteren großen Schritt zum Verständnis der für das 20. Jahrhundert so fundamentalen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion.

BERNHARD SCHULZ

Sergej Slutsch, Carola Tischler (Hrsg.): Deutschland und die Sowjetunion 1933-1941. Dokumente aus russ. u. dt. Archiven. Band 2: 1935-1937. De Gruyter Oldenbourg, Berlin/Boston 2019. 2 Teilbde., 1799 S., 229 €.

Ziele kann man auch verfehlen

Bernhard Gotto untersucht Erfolg und Scheitern von politischem Engagement in der Bundesrepublik

VON ISABELLE-CHRISTINE PANRECK

So verheißend das Versprechen der Volkssouveränität in der Theorie klingt, so zermürbend ist der politische Streit in der Praxis. Das Mehrheitsprinzip kennt nicht nur Gewinner. Sind Frustration und Resignation bereits ins Fundament der Demokratie eingegossen? Mag die Vermutung auf den ersten Blick stimmig erscheinen, erhärtet sie sich bei genauer Analyse nicht – meint Bernhard Gotto, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte in München, das 2016 durch die kritische Edition von Adolf Hitlers „Mein Kampf“ über den wissenschaftlichen Elfenbeinturm hinaus Bekanntheit erlangt hatte.

Die Kulturgeschichte der Bundesrepublik beleuchtend, geht Gotto in seiner Habilitationsschrift der Bedeutung von Enttäuschungen im politischen Meinungsstreit nach. Als Fallbeispiele wählt er das Mitbestimmungsgesetz in der Willy-Brandt-Ära Anfang der 1970er Jahre, die Projekte der autonomen Frauenbewegung der 1970er und 1980er sowie die Steuerreform der schwarz-gelben Bundesregierung Ende der 1980er Jahre.

So unterschiedlich die drei Beispiele anmuten, so ähnlich sind sie sich in ihrem visionären Charakter. Brandt und Helmut Kohl etwa ließen sich zu Schwärmereien über eine bessere Gesellschaft hinreißen. Zwar betraf das Mitbestimmungsgesetz im Kern einzig das Kräfteverhältnis von Arbeit und Kapital in den Betrieben, aber es galt bald als Symbol für den Aufbruch in ein neues demokratisches Zeitalter. Und zielte die Steuerreform lediglich auf Entlastungen in Lohn- und Einkommenssteuer, geriet sie zum Seismographen für eine faire Gesellschaft. Wie Gotto aus zahlreichen Primär- und Sekundärquellen destilliert, stammten die hohen Erwartungen nicht aus der Bevölkerung. Vielmehr sorgten die Regierungen für den utopischen Anstrich ihrer Maßnahmen.

Dem prophetischen Anspruch folgte die graue Realität des politischen Alltags: Freilich konnte weder das Mitbestimmungsgesetz noch die Steuerreform die universalistischen Versprechen von

Gleichheit und Gerechtigkeit einlösen. Hieraus die Enttäuschung weiter Teile der Bevölkerung abzuleiten, entlarvt der Historiker als Fehlschluss. Erlebten die Funktionsträger – im Fall des Mitbestimmungsgesetzes etwa die Gewerkschaftsspitzen – die Unterlegenheit ihrer Forderungen als Fiasko, findet Gotto, der Demoskopie jede Objektivität absprechend, keine stichhaltigen Belege für eine desillusionierende Wirkung auf die Bevölkerung. Diese habe teils mit – zügig verpuffender – Empörung, teils mit Gleichgültigkeit reagiert.

ANZEIGE

Jetzt jedes Buch versandkostenfrei bestellen!

Bestellhotline: (030) 290 21-520

SHOP TAGESSPIEGEL

shop.tagesspiegel.de

Askanischer Platz 3, 10963 Berlin
Mo.–Fr. 9.00 bis 18.00 Uhr
Kundenparkplatz
Anbieter: Verlag Der Tagesspiegel GmbH, Askanischer Platz 3, 10963 Berlin

Warum drängen trotzdem Krisendiagnosen in die mediale Öffentlichkeit? Der Historiker erkennt ein strategisches Moment: Argumentierten die Akteure mit der Sorge um demokratiemüde Bürger, so taten sie dies mit dem Hintergedanken, der eigenen Position Gewicht zu verleihen. Selbst Misstrauen in den Parteien fußte nicht auf Enttäuschung durch Wortbruch – fühlte sich die Basis von der Spitze entfremdet, beruhte dies eher auf fehlender Anerkennung; etwa wenn die Arbeit im Wahlkreis nicht die erhoffte Wertschätzung durch die Parteieliebführer erfuh.

Wie viel Emotion und Utopie verträgt, ja, braucht die Demokratie? Zwar erörtert

der Autor die Vorbehalte gegenüber gefühlgeladener Politik, indem er den visionären Brandt und den nüchternen Helmut Schmidt zu Antipoden erklärt, aber seine Position in der Gretchenfrage bleibt blass.

Demokratie ist die Herrschaft der Vielen. Über konkurrierende Deutungen findet das Gemeinwesen zu besseren Maßnahmen als ein Einzelner bestimmen mag. Mit diesem Pluralismus geht der Kompromiss einher. Führt das Abbrücken von der eigenen Maximalposition zu Enttäuschung und Rückzug aus dem demokratischen Streit? Die Abkehr von hochgesteckten Zielen kann schmerzhaft sein, wie Gotto anhand der autonomen Frauenbewegung erhellt. Mit hehren Idealen gestartet, strebe sie die Überwindung gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse zwischen Männern und Frauen an.

Neben Frauenkneipen und -cafés gründete die autonome Bewegung Frauenhäuser, die mehr sein sollten als Schutzräume. Als Keimzelle einer besseren, empathischen Gesellschaft strebten die Aktivistinnen die Politisierung der aufgenommenen Frauen an. Der Plan scheiterte gleich doppelt: Erstens zeigten die Frauen weniger politisches Engagement als erwünscht, und zweitens – gravierender – sahen sich die Feministinnen mit enormen finanziellen Engpässen konfrontiert. Sollten die Häuser ihre Autonomie aufgeben und staatliche Finanzierungshilfe annehmen? Für die einen markierte die „Staatsknete“ die Abkehr vom ursprünglichen Anliegen, Staat und Gesellschaft zu verändern. Andere – sie setzten sich durch – erkannten in der staatlichen Unterstützung den einzigen Weg, zumindest Teile der ursprünglichen Anliegen umzusetzen.

Wer im Disput unterlag, kehrte dem gesellschaftskritischen Engagement nur selten den Rücken. Aufgaben war verpönt in den Frauenbewegungen, wodurch der Umarmungsprozess mit Enttäuschung bereits vorgezeichnet war: Sie führte nicht in die Sackgasse, sondern bedingte den Neuanfang der Aktivistinnen in einer anderen Gruppe im breiten Spektrum der neu sozialen Bewegungen. Utopieverlust muss ferner nicht als Niederlage in die Geschichtsschreibung eingehen. Wird die

Historie der autonomen Frauenhäuser trotz der teils qualvollen Abkehr vom ursprünglichen Ziel als Erfolgsgeschichte wahrgenommen, gilt etwa die schwarzgelbe Steuerreform als Misserfolg, obwohl sie weitreichende Umsetzung fand.

Gotto präsentiert eine tiefeschürfende, nicht immer von Redundanzen freie Analyse von Anspruch und Wirklichkeit staatlichen Handelns. Wer die sprachlich und inhaltlich verklausulierte Einleitung übersteht oder überblättert, erhält Einblicke in zwei Jahrzehnte, die im kollektiven Gedächtnis unserer Zeit ganz im Zeichen von „Wandel durch Annäherung“ sowie „Glasnost und Perestroika“ stehen. Der Historiker indes durchdringt die darüber in den Hintergrund geratene Innenpolitik und scheut sich nicht, bestehende Deutungen anzuprangern: So treten Hoffnung und Enttäuschung für ihn nicht nacheinander, sondern stets parallel auf.

Während die zeithistorischen Analysen überzeugen, bleiben die Passagen über die Politik kursorisch. Der Begriff des Politischen bleibt ebenso vage wie Gottos Verständnis von Demokratie, der er eine gewisse Stabilität nachsagt: Insbesondere der produktive Umgang mit Enttäuschung in der autonomen Frauenbewegung nährt sein Fazit, Niederlagen hätten in der Vergangenheit nicht zur Abkehr von der Demokratie geführt.

Doch gilt dies auch für Gegenwart und Zukunft? Wo die Arbeit der Historiker endet, beginnt die der Politologen. Es gilt nun Antworten auf die Frage zu finden, welche Institutionen und welche Mechanismen der Stärkung bedürfen, damit Frustration auch in kommenden Zeiten nicht das Vertrauen in den demokratischen Verfassungsstaat aushöhlt.

Bernhard Gotto: Enttäuschungen in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland. De Gruyter Oldenbourg, Berlin/Boston 2018. 402 S., 59,90 €.




HAMLET [konzertant]

von Ambroise Thomas

Ihr Ticket für HAMLET [konzertant]

Termin: Do., 27.06. 2019,
Sa., 29.06.2019, jeweils 19.30 Uhr
108,80 € statt 136,-€ (PK 1)

Ort: Deutsche Oper Berlin

Bestellnr. 17656 | Preis inkl. MwSt. und Versand.

Nur bei uns:

20% Rabatt

DEUTSCHE OPER BERLIN

SHOP TAGESSPIEGEL

REUM COGNOSERE CAUSAS

William Shakespeares „Hamlet“ ist nicht nur seine vielleicht philosophischste und vielschichtigste Tragödie, das Stück ist zugleich als ein Drama bekannt, in dem nach einem spektakulären Finale sämtliche Protagonisten tot auf der Bühne liegen. Dass man „Hamlet“ aber auch mit „Happy End“ und ohne den großen Monolog des Dänenprinzen mit dem berühmten „Sein oder Nichtsein“ erfolgreich für die Opernbühne adaptieren kann, hat Ambroise Thomas (1811–1896) zusammen mit den beiden Librettisten Michel Carré und Jules Barbier bewiesen. Ihr Hamlet ist die bis heute erfolgreichste Adaption des Stoffes und zugleich eine der wichtigsten französischen Opern der 1860er Jahre.

Musikalische Leitung: Yves Abel
Mit u.a. Florian Sempey, Nicolas Testé, Philippe Talbot, Ève-Maud Hubeaux, Diana Damrau

Deutsche Oper Berlin, Bismarckstraße 35, 10627 Berlin

shop.tagesspiegel.de Bestellhotline (030) 290 21-520 · Tagesspiegel-Shop, Askanischer Platz 3, 10963 Berlin · Mo.–Fr. von 9.00 bis 18.00 Uhr · Kundenparkplatz